

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: (02 28) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Wie mit der Ökologie ein Weg aus der Krise beschritten werden kann, entwickelt **Michael Müller MdB**, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Seite 1

Dem Druck der Treuhandanstalt und der Regierung nachgegeben zu haben, halten **Erika Simm MdB** und **Hinrich Kuesener MdB** der Bundestagsmehrheit im zweiten Untersuchungsausschuß vor.

Seite 3

Ratlosigkeit in der Frage der Beseitigung des radioaktiven Abfalls attestiert **Horst Kubatschka MdL** der Bundesregierung: Bis 2010 kein atomares Endlager in Sicht.

Seite 4

Dokumentation

'Frauen lassen sich nicht wieder zu Bittstellerinnen degradieren' - dies betonte **Helde-Marie Wleczorek-Zeul MdB**, stellvertretende SPD-Vorsitzende, auf der Frauenkundgebung am 5. März in Bonn.

Seite 5

49. Jahrgang / 45

7. März 1994

Mit der Ökologie aus der Krise Sieben Fragen an die Bundesregierung

Von **Michael Müller MdB**
Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die SPD hat heute sieben verschiedene Anfragen an die Bundesregierung zur Problematik der Erfassung und Bewertung "Externer Kosten" sowie ihrer Einbeziehung in die Preisbildung eingebracht:

- Zur Problematik und Bewertung externer Kosten;
- Externe Kosten eines Kernschmelzunfalls;
- Internalisierung externer Kosten der Energieversorgung;
- Externe Kosten des motorisierten Straßenverkehrs;
- Externe Kosten der Landwirtschaft;
- Externe Kosten bei der Herstellung, Anwendung und Beseitigung von Produkten und Stoffen;
- Externe Gesundheitskosten durch Umweltbelastungen.

Die Arbeitsgruppe Umwelt will mit dieser Initiative die Debatte um den Industrie- und Lebensstandort Deutschland und die Modernisierung der Volkswirtschaft aus einer ökologischen Sicht anstoßen.

Heute ist die Umweltpolitik in die Defensive geraten. Umweltminister Töpfer wird demontiert und die Behauptung von "ökologischer Vorreiterrolle" Deutschland zur Luftnummer. Dabei ist die Wirtschaftskrise, in der sich die meisten Industriestaaten und auch die Bundesrepublik befinden, zu einem großen Teil auf ausgebliebene Innovationen zurückzuführen. Dies zeigt sich auch in dem zugespitzten Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie. Die Ursache liegt insbesondere auch in grundlegenden Preisverzerrungen zwischen den überbewerteten Arbeitskosten und den unterbewerteten Kosten für Energie, Rohstoffe und Abfälle.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 190167, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Angesichts der konjunkturellen Schwäche, struktureller Verwerfungen und zunehmender Finanzkrise der öffentlichen Hand wird der Ausweg in "Schlanker Produktion", verringerter Fertigungstiefe und dem Abbau sozialer und öffentlicher Leistungen gesehen. "Wachstum, Wachstum über alles", so scheint weltweit die Parole zu heißen, ohne viel Rücksicht auf soziale und ökologische Belange. Mit der hohen Arbeitslosigkeit werden beträchtliche Teile der Bevölkerung "stillgelegt". Hauptleidtragender der Entfesselung des Weltmarktes ist indessen die Umwelt, deren Ressourcen ausgeräubert werden, um dadurch niedrigere Kosten zu erzielen und die Konkurrenz auszustechen.

Die Gefahr wächst, daß die Politik entmachteter wird, weil sie den Zwängen der weltweiten Konkurrenz nichts entgegensetzt. Damit werden zwangsläufig auch die Möglichkeiten liberaler Demokratie geschwächt, denn die Haupttrends dieser Entwicklung heißen:

- Verschärfte (Verdrängungs-)Konkurrenz auf den Weltmärkten, die von "Global Players" beherrscht werden. Der Anteil der transnationalen Unternehmen am Welt-Bruttosozialprodukt liegt heute bereits bei rund 25 Prozent;
- Globalisierung der Direktinvestitionen;
- Monopolisierung und Konzentration wirtschaftlicher Macht;
- Zerstörung oder gewaltige Ausdehnung von regionalen Wirtschaftskreisläufen und damit die Auflösung von Regional- und Raumstrukturen;
- Deregulierung der sozialstaatlichen Politik.

Mit anderen Worten: Derzeit werden die Märkte völlig neu geordnet, die Entwicklung geht in Richtung auf die Verwandlung der Welt in einen einzigen Ort zur möglichst effizienten Vermarktung wirtschaftlicher Interessen. Dies wird für viele Länder, Regionen und Unternehmen mehr und mehr zu einem Überlebenskampf.

Doch diese Entwicklung bringt letztlich keine neue Stabilität, sondern verschärft die Strukturprobleme aus Übernutzung und Unterbewertung natürlicher Ressourcen, wohingegen die Nutzung der menschlichen Arbeitskraft mit hohen Kosten verbunden ist und von daher zu wenig in Anspruch genommen wird.

In unserem Land gerät die soziale Demokratie unter Druck, weil es der Bundesregierung an Perspektiven für die Entwicklung unserer Gesellschaft fehlt, insbesondere für einen Wandel zu einer ökologischen Zukunftsfähigkeit.

Wirtschaftliches Wachstum basiert auf Selbstbetrug

Für eine dauerhafte Entwicklung unserer Gesellschaft fehlen weitgehend die Institutionen und Rahmenbedingungen. Dadurch wächst die Kluft zwischen individueller Rationalität und kollektiver Irrationalität. Was kurzfristig rational erscheint, führt immer mehr zu kollektiver Selbstschädigung. Relative Gewinner werden mittel- und langfristig zu Verlierern, weil der individuelle

Vorteil wertlos wird, wenn sich die kollektiven Schäden als existentiell erwiesen. Insofern basiert wirtschaftliches Wachstum auch auf Selbstbetrug.

Chronische Krankheiten, Waldsterben, Klimaveränderungen, Übernutzung der Meere und vieles andere belegen, daß ökologische Externalitäten von einer Ausnahmerecheinungen zum Massenphänomen geworden sind.

Mit den Anfragen an die Bundesregierung soll die Debatte um den Industriestandort Deutschland von der kurzzeitigen Anpassungspolitik der Bundesregierung auf die Debatte um Perspektive erweitert werden. Zentrale Ansatzpunkte hierfür sind:

1. Umbau des Steuersystems, um die Allokationswirkung des Marktes zu verbessern und ökologische Innovationen zu fördern. Im Zentrum stehen hierbei die Einführung einer allgemeinen Energiesteuer und die Einbeziehung der tatsächlichen Kosten in die Verkehrsleistungen. Dabei sollen die Steuern langfristig angelegt und berechenbar steigen.
2. Das steuerliche Aufkommen soll zum einen die Arbeitskosten, besonders im unteren Einkommensbereich, entlasten und zum anderen gezielt Umweltinvestitionen, zum Beispiel zur Effizienzsteigerung, fördern (ÖKÖ-ZIP).
3. Die SPD will nicht Deregulierung, sondern das Ordnungsrecht, das in seinen Grundzügen aus dem letzten Jahrhundert stammt, und den öffentlichen Dienst zeitgerecht modernisieren. Durch ein auf dynamisch steigende Zielwerte ausgerichtetes Umwelt- und Genehmigungsrecht sollen Innovationen systematisch gefördert werden, statt wie bisher Schäden anschließend teuer, aufwendig und unzureichend abzumildern.

(-/7. März 1994/rs/ks)

Parlamentsrechte aufgegeben

Die Bundestags-Mehrheit gab dem Druck der Treuhandanstalt und der Regierung nach

**Von Erika Simm MdB
Mitglied im Untersuchungsausschuß Treuhandanstalt und
Hinrich Kuessner MdB
Sprecher der SPD-Fraktion im Untersuchungsausschuß Treuhandanstalt**

Mit ihrem Mehrheitsbeschluß gegen die gerichtliche Durchsetzung des einstimmigen Ausschlußbeschlusses zur Beiziehung der Protokolle von Vorstand und Verwaltungsrat der Treuhandanstalt weicht die Parlamentsmehrheit dem Druck der Treuhandanstalt und der Bundesregierung und gibt damit gleichzeitig Parlamentsrechte auf.

Im Dezember hatte der Ausschuß einstimmig die Beiziehung dieser Protokolle als Beweismittel beschlossen. Die Bundesregierung hat die Treuhand zunächst aufgefordert, diese Unterlagen

auszuhändigen, dann offenbar "rechtsinnovatorischen" - und nach Ansicht der SPD verfassungswidrigen - Bedenken der Treuhandanstalt nachgegeben.

Der Mehrheitsbeschluß, nach dem nur die beiden Vorsitzenden Einsicht in die Verwaltungsratsprotokolle (die Vorstandsprotokolle sind gar nicht angesprochen) erhalten sollen, kann das Beweiserhebungsrecht des Ausschusses nicht ersetzen. Dieser Beschluß stellt eine Verletzung der für das Untersuchungsverfahren vom Bundestag beschlossenen Verfahrensregeln sowie des verfassungsrechtlich gesicherten Untersuchungsrechts des Parlaments dar.

Die SPD sieht sich darüber hinaus in ihrem in der Verfassung gesicherten Minderheitenrecht zur Beweiserhebung verletzt, wenn die Koalition durch Verfahrenstricks ein Verfassungsrecht auf ein bloß formales Recht ohne Durchsetzungsmöglichkeit zu reduzieren versucht. Der Koalition geht es nur um eine weitere Verzögerung des Untersuchungsverfahrens. Denn die zuständigen Gremien der Treuhandanstalt und der Bundesregierung werden erst in den nächsten Wochen ihre Haltung zu dem gestrigen Mehrheitsbeschluß festlegen. Auch war die Koalition in der Beratungssitzung nicht bereit, sich zu Fragen, denen sich auch der Verwaltungsratsvorsitzende der Treuhandanstalt Dr. Lennings, ausdrücklich anschloß, nach den praktischen Folgerungen dieses Beschlusses für die Arbeit im Untersuchungsausschuß und die rechtliche Qualität der Einsicht durch die Vorsitzenden zu äußern.

Die Entscheidung der SPD-Fraktion, sich zur Durchsetzung ihrer Rechte im Untersuchungsverfahren an das Bundesverfassungsgericht zu wenden und nicht weiter auf angebliche Vermittlungsangebote der Koalition zu warten, hat sich als richtig und notwendig erwiesen.

(-/7. März 1994/rs/ks)

Bis 2010 kein atomares Endlager in Sicht
Bonn weiß nicht, wie das Abfall-Problem gelöst werden soll

Von Horst Kubatschka MdL

Für die Entsorgung der deutschen Kernkraftwerke über die Wiederaufarbeitung im Ausland fehlen derzeit zentrale Voraussetzungen insbesondere im Hinblick auf die Rücknahme der dabei verbleibenden Abfälle. Vor allem bei der Entsorgung der schwachradioaktiven Betriebs- und Abrißabfällen wird es in den nächsten Jahren zu gravierenden Entsorgungsengpässen kommen.

Für abgebrannte Brennelemente wird in Deutschland weitgehend der Weg der Wiederaufarbeitung verfolgt. Nach Angaben des Öko-Instituts bei einer Anhörung der Enquete-Kommission "Schutz der Erdatmosphäre" liegen zur Zeit etwa 6.000 Tonnen abgebrannter Brennelemente vor, die zum großen Teil in Abklingbecken der Kernkraftwerke oder in Eingangslagern von Wiederaufarbeitungsanlagen lagern.

Deutsche Elektrizitätsversorgungsunternehmen haben in den letzten Jahren erhebliche Mengen abgebrannter Brennelemente in ausländische Wiederaufarbeitungsanlagen - COGEMA/La Hague, Frankreich, und BNFL-Sellafield, England - zur Verarbeitung geliefert. Diese Abfälle aus den abgebrannten Brennstoffen - rund 3,5 Prozent hochradioaktive Spalt- und Aktivierungsprodukte als Glaskokillen, als hochradioaktive Brennelementehülsen - und die zusätzlichen mittelradioaktiven Abfälle aus dem Verarbeitungsprozeß müssen vertragsgemäß zurückgeliefert und in Deutschland endgelagert werden.

Weltweit ist derzeit und bis mindestens 2010 kein Endlager für hochradioaktive Abfälle betriebsbereit. Alle entstehenden hochradioaktiven Abfälle - gleichgültig ob mit oder ohne vorherige Wiederaufarbeitung - müssen in jedem Fall bis zu diesem Zeitpunkt zwischengelagert werden.

Die SPD hält an ihrem Ziel fest, die Nutzung der Kernenergie zu beenden und für die Entsorgung des angefallenen Abfalls die direkte Endlager festzuschreiben. Dies haben wir in unserem Ende 1991 eingebrachten "Entwurf eines Energiegesetzes" noch einmal klar formuliert:

"Wegen der lebensgefährdenden Risiken, die durch keine noch so fortgeschrittene Technik sicher zu beherrschen sind, halten wir die Plutoniumwirtschaft für verfassungswidrig. Wir wenden uns aus denselben Gründen entschieden gegen eine internationale Wiederaufarbeitungs Kooperation."

Auch die deutschen Kernkraftwerksbetreiber setzen längst nicht mehr auf Wiederaufarbeitung. Sie überprüfen derzeit, wie aus den Verträgen ausgestiegen werden kann. Nachdem sie den Rechenstift angesetzt haben, ist dies auch leicht zu erklären. Die direkte Endlagerung ist die wirtschaftlichere Methode. Die Industrie rechnet damit, daß die direkte Endlagerung 30 bis 50 Prozent billiger käme. Der Bundesrechnungshof kam in seinem Ende Juli 1993 vorgelegten Bericht zu einem ähnlichen Ergebnis.

Die Bundesregierung weiß immer noch nicht, wie das Problem der radioaktiven Abfälle im Detail gelöst werden soll. Hier rächt sich, daß durch die Wiederaufarbeitung das Entsorgungsproblem nur auf die lange Bank geschoben wurde.

(-/7. März 1994/rs/ks)

DOKUMENTATION

Frauen lassen sich nicht wieder zu BittstellerInnen degradieren

Auf der Frauenkundgebung "Frauen bewegen das Land" sprach am 5. März auf dem Bonner Münsterplatz auch die stellvertretende SPD-Parteivorsitzende Heidemarie Wiczorek-Zeul.

Dieses Jahr feiern wir 75 Jahre Frauenwahlrecht und den 83. internationalen Frauentag.

Ich grüße Euch alle im Namen der Sozialdemokratischen Partei, im Namen der 250.000 sozialdemokratischen Frauen und natürlich auch im Namen der sozialdemokratischen Frauen in

Parlamenten und Regierungen. Im Europaparlament werden 40 Prozent der sozialdemokratischen Fraktion von Frauen gestellt - das soll uns allen Mut machen!

Ohne den Druck der Quote wäre eine Verfassungsrichterin Limbach kaum dankbar - ich grüße sie von hier: Die Frauen setzen große Hoffnungen auf sie. Vor allem aber erwarten wir, daß sich das Verfassungsgericht endgültig gleichberechtigt aus Männern und Frauen zusammensetzt. Dann wären Urteile wie das zum Paragraphen 218 nicht mehr möglich.

Statt Bewegung vorwärts wird mancherorts Bewegung rückwärts praktiziert.

- Wir Frauen werden aber nicht zulassen, daß unsere Gesellschaft in die Herrenjahre zurückversetzt wird, in denen Frauen bevormundet und entwertet wurden.
- Wir werden nicht zulassen, daß Frauen - wie bei der Regelung zum Paragraphen 218 - wieder zu Bitt- und Antragstellerinnen degradiert werden!
- Wir werden nicht zulassen, daß Massenarbeitslosigkeit hingenommen, daß die Sanierung öffentlicher Haushalte zu Lasten der Frauen, zu Lasten einer Frauen- und kinderfreundlichen Gesellschaft betrieben wird.

Wenn die Gesellschaft es für richtig hält, 20 Milliarden Mark für den Umzug der Regierung von Bonn nach Berlin auszugeben, soll sie auch die gleiche Summe aufbringen, damit das Recht auf Kindergartenerziehung umgesetzt wird und Beruf und Familie für Männer und Frauen miteinander verbunden werden können. Es ist kein Ruhmesblatt für Deutschland, daß unser Land in der Europäischen Union bei der Kinderbetreuung an achter Stelle steht: hinter Griechenland - aber noch vor Irland!

Bewegung vorwärts heißt:

- In allen parlamentarischen Gremien müssen zukünftig Frauen entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung vertreten sein!
- Heißt: Schluß damit, daß Frauen die unbezahlte Arbeit wie Kindererziehung und Pflege leisten und dafür im Alter am ehesten von Armut betroffen sind.
- Heißt: Chancengleichheit im Beruf und eigenständige Alterssicherung und ein wirklich greifendes Gleichberechtigungsgesetz!

Frauen stehen auf allen Tagesordnungen der Welt. Aber damit wir vom Ende der Tagesordnungen hoch, unendlich weit nach vorne auf die Tagesordnung kommen, brauchen wir uns gegenseitig, benötigen die Politikerinnen und vor allem die Parlamentarierinnen den Druck der Mehrheit der Bevölkerung - der Frauen! Denn mit Eurer Hilfe sind wir mehr als die 20 Prozent im Deutschen Bundestag.

Ihr, die ihr heute mit dem Anspruch gekommen seid, zwölf Millionen Frauen zu vertreten: Meldet Euch häufiger und drängender zu Wort! Ihr braucht Eure Stimme und Stimmen, werft sie nicht weg! 75 Jahre nach der Einführung des Frauenwahlrechts haben wir in diesem Jahr neunzehn mal die Chance, Demokratie auch in unserem Interesse zu gestalten.

Laßt uns mit unserer Kundgebung heute auch ein Signal setzen für Demokratie und gegen Ausgrenzung. Das Wahlverhalten der Frauen zeigt, daß sie in ganz anderer Weise ablehnend gegenüber den Rechtsextremen sind als Männer. Laßt uns in diesem Wahljahr zusammen gegen rechtsradikale Ideologen und Gewalttäter engagieren. Wir Frauen werden wählen gehen! Wir Frauen werden dem rechtsextremen Gedankengut damit keine Chance geben!

(-7. März 1994/rs/ks)
